

**Haushaltsrede
zum Haushalt 2011
des Vorsitzenden der
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Siegen
Klaus Volker WALTER**

Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 15. 12. 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrvermerk: Freigabe mit Beginn der Rede des Vorsitzenden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Begriff Stuttgart 21 steht für einen politischen Protest, der jenseits der Parteien stattfindet, und zu dem den politischen Parteien leider Gottes nicht allzu viel einfällt. Auch wir in Siegen haben eine ähnliche Situation erlebt. Wir haben leichtfertig eine schulpolitische Debatte angestoßen, die im Grunde genommen überhaupt kein Ergebnis haben konnte. Diese Debatte haben wir geführt in dem Wissen, dass die schulpolitische Entwicklung im Umland, also in Netphen, Freudenberg, Burbach und in Rheinland-Pfalz noch gar nicht erkennbar war und ist.

Dennoch haben Teile dieses Rates Eltern, Schüler und Lehrer eines Gymnasiums verunsichert... und damit natürlich bürgerlichen Protest herausgefordert.

Wir haben diesen Protest unterstützt, auch deshalb, weil wir die Vorgehensweise mit dem offensichtlichen Ziel einer allgemeinen Verunsicherung für außerordentlich fragwürdig halten. Denn was ist passiert: Nun wurde dem Gymnasium am Löhrtor - und auch den anderen Gymnasien in Siegen – faktisch nur zwei Jahre Zeit zur Neuorientierung gegeben. Die FDP-Fraktion hat bei den lebhaften Auseinandersetzungen zumindest eines erreicht: dass Eltern, die ihre Kinder auf ein Gymnasium schicken wollen, sich jetzt wieder ganz bewusst auch für das Löhrtor entscheiden können. Für eine Schule, die nebenbei bemerkt, immerhin den höchsten Prozentsatz an Einserabiturienten in der Region produziert hat. Ist es vielleicht faktisch ein Versuch, diese Schule durch bewusste Verunsicherung über die Anmeldezahlen in Frage zu stellen? Diese Verfahrensweise war nach unserer Ansicht nicht korrekt, wenn sie denn so geplant war. Diese entspricht auch nicht dem Elternwillen. Die FDP-Fraktion setzt sich weiterhin für einen transparenten und fairen Wettbewerb unter den hiesigen Schulen ein. Ideologisches Experimentieren zu Lasten unsere Kinder lehnen wir entschieden ab.

Tatsächlich müssen wir, der Rat dieser Stadt, damit leben, dass Politik bei uns fast unter Ausschluss einer interessierten Öffentlichkeit stattfindet. Wir müssen uns nicht nur fragen, was die Gründe sind, wir müssen auch die Konsequenzen aus diesen Gründen ziehen. Sonst werden wir politisch nicht mehr seriös wirken können. Der Löhrtor-Protest, um beim Schulbeispiel zu bleiben, wird ja kein Einzelfall bleiben. Vielleicht haben wir in zwei Jahren auch einen Morgenröthe-Protest oder einen Peter-Paul-Rubens-Protest, oder einen Kunstrasen-Protest, oder einen Hallenbadprotest.

Im Hinblick auf die Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 5 stehen wir grundsätzlich zu dem von uns mitunterzeichneten Antrag, haben aber zunächst dafür plädiert, die Aufwendungen im diesjährigen Haushalt nicht zu budgetieren, weil wir den Anfang 2011 anstehenden Bericht des Gemeindeprüfungsamtes abwarten wollen, da er

voraussichtlich Basisdaten für die weitere Vorgehensweise liefert.

Damit bin ich bei der Volkshochschule, die mit der Kreis-VHS fusioniert werden soll. Inzwischen haben interessierte Kreise den Nutzen aus der Fusion auf nur noch 100.000 Euro heruntergerechnet. Wir möchten weiter auf eine Fusion hinarbeiten, und wenn es "nur" 50.000 Euro sparen würde. Das Gegenteil wird der Fall sein: Mit der entsprechenden Bereitschaft der Beteiligten wird das Fusionsprodukt Geld sparen und Zusatzqualität produzieren. Diese Bereitschaft erwarten wir allerdings von den Beteiligten, die nie vergessen sollten, dass sie ihrem Arbeitgeber, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Kreises, verpflichtet sind.

Veränderungen müsste dringend auch der Kreis andenken. Für die Städte und Gemeinden reicht es nur noch für eine Wassersuppe. Die Bürgermeisterkonferenz hat sich bereits eingehend zu dem Thema geäußert, dem ist nicht viel hinzuzufügen ... vielleicht eines: Wir würden es begrüßen, wenn die vielen bestehenden Baustellen beim Kreis abgearbeitet würden. Seine vor einigen Jahren begonnene Initiative für eine interkommunale Arbeitsgruppe unter dem Titel „Kommission Zukunftsaufgaben“ hat er längst eingestellt, weil unbequem und unpopulär. Für die FDP ist dies aber nicht zuletzt aus Kosten- und Effizienzgründen ein entscheidendes Zukunftsprojekt. Nur eine kreisweite Bündelung der Kräfte bringt uns nachhaltig weiter. Dies gilt insbesondere für den Siegerlandflughafen, an dem nach unserer Auffassung die angrenzenden Kreise zu beteiligen sind.

Um auf die Schuldebatte zurückzukommen: Wir sind kopfüber in die Diskussion eingetaucht, haben mächtig Wasser geschluckt, ein paar Mal gehustet und uns wieder in die Sonne gelegt. Wir haben die eine oder andere Schule mit entsprechender Begründung geschlossen. Wir haben Strukturen andiskutiert. Und wir haben viele Betroffene im Regen stehen gelassen. Zum Beispiel die Grundschulkinder im Siegener Süden, denen unsere Fraktion nach wie vor nicht zumuten will, dass sie mit dem Schulbus durch die Stadt gekarrt werden. **Kurze Beine - kurze Wege!** Alles andere ist unzumutbar. Ganz davon abgesehen empfehlen wir einen exemplarischen Blick nach Eisern, man könnte auch andere Ortsteile heranziehen: Eisern ist von der demografischen Entwicklung stark betroffen. Wenn hier noch die Grundschule verschwände, könnten wir junge Familien gleich mit einem Vermerk am Ortsschild warnen: "Zieht nicht nach Eisern - hier ist überhaupt nichts mehr los".

Der erste Aspekt in der Schuldiskussion ist: Diskutieren wir die Schulsituation nicht nur unter rein finanzwirtschaftlichen Aspekten, sondern überlegen wir uns, wie wir die Schullandschaft qualitativ weiterentwickeln. Fragen wir uns, wie wir die Ausbildungsfähigkeit und die Übergangsquote von Hauptschulabsolventen verbessern. Schließlich ist jeder, der in den Beruf überwechselt, und nicht in die Stütze, ein Erfolg für die Gesellschaft von morgen.

Der zweite Aspekt: Achten wir darauf, dass Schulen gerade in den Ortsteilen immer auch kulturelle Zentren sind, ohne die diese Ortsteile veröden. Den dritten Aspekt kennen Sie alle, er gilt auch für Siegen: **Kluge Köpfe sind unser einziger Rohstoff!**

Wir diskutieren heute einen Haushalt, in dem es natürlich auch um die Schulen - und um einen enormen Unterhaltungsstau geht. Wir werden uns auch darüber unterhalten müssen, wie der eigentlich geplante und nunmehr gescheiterte Verkauf der Albertus-Magnus-Schule finanzpolitisch anders kompensiert werden soll. Der Rat hat das Bürgerbegehren der Löhrtor-Sympathisanten mit Blick auf den fehlenden

Deckungsvorschlag abgelehnt.

In diesem Haushalt finden sich natürlich wieder überwiegend Positionen, bei denen es nichts zu verhandeln gibt, weil es sich um Pflichtausgaben handelt. Manchmal ist auch Gerechtigkeit eine Pflichtaufgabe, wenn ich an die Ungleichbehandlung von Beamten und Angestellten denke. Angestellte haben einen Anspruch auf Höhergruppierung, Beamte leiden unter einer Beförderungssperre. Dieser Zustand ist ungerecht, wir treten für eine Beendigung wie auch immer ein. Hinsichtlich des Personalkosten-Etats insgesamt treten wir für nachhaltige Sparmaßnahmen auf Führungsebene ein. Aus unserer Sicht sind die sogenannten Fachbereichsleiter nach und nach abzubauen. Ein erster Schritt ist getan. Die FDP wird genauestens auf die weitere Entwicklung achten.

Eines sollten wir aber ebenfalls nicht aus den Augen verlieren. Die demografische Entwicklung bringt uns schon heute in eine missliche Situation, dass wir nämlich von der 100.000-Einwohner-Grenze nur noch 3.555 Wegzüge oder Sterbefälle entfernt sind.

Es gilt dementsprechend auch, unsere Entscheidungen in den kommenden Jahren demografiefest zu machen. Welche Stadtteile haben die größten demografischen Probleme zu erwarten? Wo leben die meisten alten Leute, wo die meisten Alleinstehenden? Wo sind die meisten Leerstände? Wie ist die soziale Infrastruktur ab 2015 noch zu finanzieren, wenn die Zahl der Pflegebedürftigen um ein Drittel höher liegt als heute?

Wir sind dazu gezwungen, Entscheidungen über die nächste Wahl hinaus zukunftssicher zu machen. Das setzt bei uns und in der Verwaltung voraus, dass wir stadtteilgenau wissen, wie die Bevölkerungsentwicklung sein wird, wie die Leerstände heute sind, und wie sie in zehn Jahren sein könnten.

Wir erwarten auch ein Umdenken in der Strategie, auch wenn das kurzfristig finanziell unbequem oder auch kritisch sein mag. Es wird jedenfalls der Generation unserer Kinder und Enkel zugute kommen, denen wir schon unsere Schulden hinterlassen - ersparen wir ihnen durch politisches Unterlassen verödete Orte und Stadtteile. Wir werden die Verwaltung in den kommenden Monaten sehr konkret auffordern, ihre Anstrengungen im Demografieprozess zu verstärken.

Wir haben in den vergangenen Jahren nie vor so einschneidenden Veränderungen gestanden wie jetzt. Wir dürfen damit rechnen, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger je nach Thema sehr konkret in die Diskussion einschalten werden, wie schon in der Schuldebatte. Einmischen ist gut und richtig. Aber lassen Sie uns eine Politik machen, die uns Szenarien wie Stuttgart 21 erspart, und die trotzdem im Interesse der kommenden Generationen ist.

Wir stimmen dem Haushalt mit dem von uns mitgetragenen vorliegenden Antrag zu.

Aber vergessen Sie nicht: Wenn sich nichts ändert, wird sich alles ändern. Lassen Sie uns die wenigen Chancen, die wir noch haben, jetzt nutzen, ehe uns diese Chancen auch noch aus der Hand genommen werden. Wir, die FDP-Fraktion wollen raus aus dem Nothaushalt!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.